

Blick nach Berlin

Aufgrund der Neuwahl des Deutschen Bundestags ist es derzeit nicht möglich vorherzusehen, welche alten und neuen Gesetzesinitiativen uns in der neuen Legislatur erwarten. Auf eine gesetzliche Änderung, die bereits in Kraft getreten ist, möchten wir nachfolgend jedoch aufmerksam machen:

Gesetz zur Modernisierung des Postrechts

Zum 1.1.2025 sind über Art. 43 Abs. 2 des Gesetzes zur Modernisierung des Postrechts (Postrechtsmodernisierungsgesetz – PostModG)¹ dessen Artikel 6 bis 18, 20, 21, 24, 25 Nr. 3, die Artikel 26, 30, 33, 34 und 36 Nr. 5 in Kraft getreten. In einigen dieser Art. wird die Bekanntgabefiktion im Hinblick auf Verwaltungsakte modifiziert. Bis zum 31.12.2024 sah z.B. § 37 Abs. 2 S. 1 SGB X Folgendes vor:

„Ein schriftlicher Verwaltungsakt, der im Inland durch die Post übermittelt wird, gilt am dritten Tag nach der Aufgabe zur Post als bekannt gegeben.“

Diese Frist wird durch die Regelungen des PostModG von drei auf vier Tage erhöht, sodass ein schriftlicher Verwaltungsakt am vierten Tag nach der Aufgabe zur Post als bekannt gegeben gilt.

Geändert wurde u.a.

- durch Art. 9 PostModG: § 178 a Abs. 2 S. 3 SGG,
- durch Art. 11 PostModG: § 152 a Abs. 2 S. 3 VwGO,
- durch Art. 17 PostModG: § 12 a Abs. 2 S. 3 RVG,
- durch Art. 20 PostModG: §§ 122 Abs. 2 Nr. 1 u. Abs. 2 a, 122 a Abs. 4 S. 1, 4, 123 S. 2 AO,
- durch Art. 33 PostModG: §§ 14 S. 2, 37 Abs. 2 S. 1, 2, Abs. 2 a S. 4 SGB X.

1 Gesetz vom 15.7.2024, BGBl. I 2024, Nr. 236.